



Finland ist viermal so groß wie Österreich, hat aber nur 5,4 Millionen Einwohner. Die Katastrophenhilfe ist Gemeindegache.

Von Finnland lernen ...

Mit wenigen Verwaltungsebenen, zentralen gesetzlichen Regelungen, einer weitgehenden Delegation der Vollziehung auf die Gemeindeebene, einem hohen Reformeifer und klaren politischen Zielen betreibt Finnland ein effizientes System des Rettungswesens und des Katastrophenschutzmanagements.

Finnland ist mit 338.000 Quadratkilometern viermal so groß wie Österreich, hat aber nur 5,4 Millionen Einwohner, die größtenteils im Süden des Landes leben. Finnlands natürliche Risiken sind vergleichsweise gering. Naturgefahren sind Stürme, Waldbrände und regionale Hochwässer. Die höchsten Schäden nach Naturkatastrophen der letzten Jahre beschränkten sich aber auf wenige Millionen Euro pro Ereignis. Die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos nach der EU-Richtlinie ergab 21 Regionen mit signifikantem Risiko. 2010 und 2011 gab es jeweils einen Wintersturm, der zweite führte zu einem Stromausfall für rund 200.000 Menschen. Technische Katastrophen der letzten Jahrzehnte hatten nur geringe Folgen. Finnlands nationale Sicherheitsstrategie listet dreizehn

Bedrohungsszenarien auf, die als relevant für die finnische Gesellschaft eingestuft werden.

Die Verwaltung ist dreigeteilt in eine Zentralverwaltung, eine Lokalverwaltung mit nur 320 Gemeinden bzw. Gemeindezusammenschlüssen und einer schlanken Regionalverwaltung. Rettungswesen und Katastrophenhilfe sind grundsätzlich Gemeindegache, wobei die Gemeinden verpflichtet sind, auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Die Verwaltung des Rettungswesens erfolgt für das ganze Land in 22 Rettungsregionen. Es gibt Überlegungen, diese noch weiter zusammenzulegen. Feuerwehren besorgen auch Aufgaben des Rettungsdienstes, das heißt, es gibt im Wesentlichen eine einzige Organisation für das gesamte Rettungs- und Notfallwesen.

Die Einsatzdatenbank Pronto zeigt tagesaktuell ein Bild der Einsätze in Finnland, einschließlich einer statistischen Auswertung über bestimmte Perioden. Sie ist eine fundierte Grundlage für die Unterteilung des Landes in vier Risikoklassen mit einer Auflösung von 1x1 km, die wiederum Grundlage für die Ausstattung der Rettungsdienste ist. Diese wird in Form von Service-Level-Agreements mit den Gemeinden festgelegt und vom Innenministerium überwacht. Für die einzelnen Risikoklassen sind abgestufte Hilfsfristen zwischen sechs und zwanzig Minuten festgelegt. Ein zentrales Rettungsgesetz regelt alle wesentlichen Bereiche des Notfallwesens, unter anderem die Verwaltung, Aufstellung und Aufgaben der Rettungsdienste, Feuerpolizei, Vorsorgepflichten von Privaten und

Unternehmen, Notfallplanung und Einsatzleitung, Koordination und Zusammenarbeit bei Großschäden, Vorkehrungen für Großveranstaltungen und die Zusammenarbeit mit Freiwilligenorganisationen. Es besteht keine strikte Unterscheidung zwischen alltäglicher Gefahrenabwehr und Katastrophenhilfe. Sonderbefugnisse sind im „Emergencies Powers Act“ geregelt, der aber noch angewendet wurde. In Österreich ist dieselbe Materie auf über dreißig Gesetze verteilt. Die gesamte höhere Ausbildung ist einem modernen nationalen Trainingszentrum in Kuopio konzentriert. Finnland verfügt über 5.000 Mitglieder in Berufsfeuerwehren, 14.600 Teilzeitkräfte und freiwillige Feuerwehrmitglieder, 570 freiwillige Feuerwehren, 105 Berufsfeuerwehren und rund 1.000 örtliche Feuerwehren.

Etwa 115.000 Einsätze gibt es in Finnland jedes Jahr, wobei in Gebieten mit höchster Risikoklassifizierung 62 Prozent aller Einsatzorte innerhalb der angestrebten Hilfsfrist von sechs Minuten erreicht wurden. In der zweithöchsten Kategorie liegt die angestrebte Hilfsfrist bei zehn Minuten und wurde in 87 Prozent der Einsatzfälle erreicht.

Finnland hat auch ein starkes Freiwilligenwesen, das durch das Rote Kreuz in Form eines Zusammenschlusses von rund 50 Freiwilligenorganisationen koordiniert wird. Das Rote Kreuz übt anders als in Österreich keinen Rettungsdienst aus.

Zehn Leitzentralen. Ein Herzstück ist das 112er-System. Finnland kommt mit zehn großen Leitstellen für das gesamte Land aus, die im Jahr rund vier Millionen Notrufe entgegennehmen. Mehr als 90 Prozent davon werden innerhalb von zehn Sekunden beantwortet. Der Betrieb aller Leitstellen für alle Einsatzorganisationen erfolgt durch eine einzige staatliche Organisation. Dadurch sind alle Leitstellen nach einer einheitlichen Struktur aufgebaut und werden mit einem einheitlichen Einsatzleitsystem betrieben. Somit liegen landesweite Daten vor, die Analysen als Grundlage für weitere Reformen und Effizienzsteigerungen ermöglichen. Eine Reform zur Reduktion auf nur mehr sechs landesweite Leitstellen ist bereits angelaufen, sie wird über



Parlament in Helsinki: Die finnische Verwaltung ist geteilt in eine Zentralverwaltung, eine Lokalverwaltung mit 320 Gemeinden bzw. Gemeindezusammenschlüssen und einer schlanken Regionalverwaltung.

mehrere Jahre hinweg sorgfältig geplant und umgesetzt. Die Leitstellen befinden sich dann in unterirdischen Anlagen. Sie haben aber keine angeschlossenen Stabs- und Kommandoräume für Einsatzleitungen. Diese wurden am Sitz der Behörden bzw. Einsatzorganisationen errichtet, was im Anlassfall mehr Koordinationsaufwand erfordert.

Das nationale Warnsystem Luova gilt als Best-Practice-Beispiel in Europa. Es wurde nach dem Tsunami

EUROPÄISCHE UNION

Peer-Reviews

Mit Inkrafttreten einer neuen Gesetzgebung für den Katastrophenschutz in der Europäischen Union werden ab 2014 Peer-Reviews als neues Instrument der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit eingeführt. Die Europäische Kommission führt mit UNISDR Europa und dem High-Level-Risk-Forum der OECD erste Pilotreviews zur Erprobung des neuen Instruments durch. Die zweite dieser Missionen fand Anfang Oktober 2013 in Finnland statt.

Mag. Siegfried Jachs, Leiter des Referats II/13/a (SKKM sowie Zivilschutz) im BMI, nahm als erster österreichischer Experte an dieser Mission teil. Peer-Reviews bieten die Möglichkeit, Einblicke in das System des Katastrophenschutzes des Ziellandes zu erhalten. Zu den Aufgaben der Peers zählt es, Ergebnisse der Review im eigenen Land bekannt zu machen.

2004 aufgebaut und ging 2012 in den Vollbetrieb. Betrieben wird das Warnsystem vom finnischen *Meteorologischen Institut* und der Umweltagentur, der Universität Helsinki und anderen Institutionen; es enthält Informationen über verschiedene Naturgefahren und steht vielen Behörden zur Verfügung. Die Information und Einbindung der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft erfolgt hauptsächlich über die finnische nationale Rettungsvereinigung SPEK, einer Nichtregierungsorganisation. Diese bietet unter anderem Kurse für

die Bevölkerung in Selbsthilfe und Rettungsmaßnahmen an. Finnland ist zu 100 Prozent von fossilen Energieimporten abhängig. Die nationale Behörde NESA ist für die Bewirtschaftung von nationalen Vorräten für Krisenfälle eingerichtet worden.

Krisenkoordination. Auf staatlicher Ebene ist nicht das Innenministerium zuständig, sondern das Ministerium des Premierministers für die Krisenkoordination. Es hat ein eigenes Lagezentrum und ist der nationale Kontaktpunkt zu EU und OCHA (*Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*). Die Koordination erfolgt durch mehrere Komitees, unter anderem einem Komitee der „Heads of Preparedness“, die in jedem Ministerium ernannt worden sind.

Staatliche Hilfszahlung für Schäden aus Naturkatastrophen wurden vor Kurzem eingestellt. Dies soll nur mehr durch Versicherungszahlungen erfolgen, wobei Versicherungen für Katastrophenschäden in Form von Bündelversicherungen mit anderen Risiken angeboten werden. Fürs Erste sollen sich dadurch die Prämien nicht erhöhen, jedoch wird eingestanden, dass man das Modell nach ersten Erfahrungen evaluieren wird müssen.

Finnland zeigt vor, wie mit einem gut geregelten Mischsystem aus überwiegend beruflichen Einsatzkräften, die durch eine Freiwilligenkomponente ergänzt werden, ein straffes Notfall- und Rettungssystem betrieben werden kann, das trotz zentraler Regelung wesentlicher Bereiche sehr stark auf die unterschiedlichen lokalen Anforderungen abgestimmt ist und sehr viele Aufgaben auf die lokale Ebene delegiert.

Siegfried Jachs